Lindner gegen Ausstieg aus dem Kohlestrom 2030

BERLIN (dpa) - Bundesfinanzminister Christian Lindner hat den im Koalitionsvertrag genannten Zeitpunkt für den Kohleausstieg infrage gestellt. „Solange nicht klar ist, dass Energie verfügbar und bezahlbar ist, sollten wir die Träume von einem Ausstieg aus dem Kohlestrom 2030 beenden“, sagte der FDP-Politiker dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Die Ampel-Parteien SPD, Grünen und FDP hatten in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den Kohleausstieg „idealerweise“ von 2038 auf 2030 vorzuziehen.

„Für das Klima bringt dieses Datum ohnehin nichts, da die in Deutschland eingesparten CO_2-Emissionen aufgrund der europäischen Regeln zum Beispiel in Polen zusätzlich anfallen dürfen“, sagte der FDP-Minister.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hält 2030 als Ausstiegsjahr dagegen für unverzichtbar, um die Klimaziele zu erreichen. Lindner will auf Erdgas aus Deutschland setzen. „Die inländische Gasförderung muss intensiviert werden“, forderte er. Außerdem müsse der Zubau von erneuerbaren Energien schneller ermöglicht werden. Auch den Bau neuer Gaskraftwerke als Reserve hält Lindner für denkbar.

Kurz berichtet

EnBW schraubt Prognose für 2023 nach oben

KARLSRUHE (dpa/lsw) - Die Geschäfte der Energie Baden-Württemberg (EnBW) laufen besser als erwartet. Für das laufende Geschäftsjahr erwartet der Konzern nun ein bereinigtes Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (bereinigtes Ebitda) in Höhe von 5,9 bis 6,5 Milliarden Euro, wie der Versorger mitteilte. Vorher waren es 4,7 bis 5,2 Milliarden Euro. Der drittgrößte deutsche Versorger verwies auf gute Entwicklungen im Bereich nachhaltige Erzeugungsinfrastruktur. Insbesondere bei der thermischen Stromerzeugung, also etwa aus Kohle und Gas, habe sich das Ergebnis positiv entwickelt.

Kommunen für geringere Steuer für Gastronomie

HINTERZARTEN (dpa) - Mehrere Kommunen in der Tourismusregion Hochschwarzwald haben eine Beibehaltung der vergünstigten Mehrwertsteuer von sieben Prozent für Speisen in der Gastronomie gefordert. „Der Tourismus ist nicht nur ein entscheidender Wirtschaftsfaktor, unsere gastgewerblichen Betriebe sind auch von unschätzbarem Wert für das gesellschaftliche Leben in unserer Region“, heißt es in einem in Hinterzarten (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald) veröffentlichten Brief von 21 Bürgermeistern an Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Die Rathauschefs befürchten eine weitere Ausdünnung des gastronomischen Angebots in der vom Tourismus abhängigen Region. Um die Branche während der Corona-Krise zu entlasten, war der Steuerersatz auch für Speisen im Restaurant von 19 auf 7 Prozent gesenkt worden.

US-Niederlage für Bayer im Streit um Glyphosat

SAN DIEGO (dpa) - Der Chemiekonzern Bayer hat bei US-Rechtsstreitigkeiten um Krebsvorwürfe zu glyphosathaltigen Unkrautvernichtern zum dritten Mal in Folge verloren. Zuvor hatten die Leverkusener neun US-Verfahren für sich entschieden. Der Dax-Konzern betonte, weiterhin von der Sicherheit von Glyphosat überzeugt zu sein. Das Unternehmen nannte das Urteil unbegründet und den Schadenersatzbetrag verfassungswidrig.

Digital-Champions-League fest im Blick

Firma Rau aus Balingen erhält gute Noten in Sachen Digitalisierung und will in Zukunft noch besser werden

Von Thomas Hagenbucher

Im Medienhaus der „Schwäbischen Zeitung“ in Ravensburg erläutern die beiden Professoren Andreas Pufall (3. v.li.) und Steffen Jäckle (2. v.re.) die Ergebnisse des Digital-Check-ups Jannik Rau (links), Marcello Anicito (2. v.li.) und Bernd Rau (rechts). FOTO:THOMAS HAGENBUCHER

RAVENSBURG/BALINGEN - Es ist ein starkes Ergebnis: Die Firma Rau aus Balingen steht – in Fußballsprache ausgedrückt – ganz locker auf den internationalen Plätzen. „Wenn sie dranbleiben und unsere Ideen umsetzen, ist in Sachen Digitalisierung sogar die Champions League möglich“, sagt Andreas Pufall, Digitalisierungsexperte und Professor an der Hochschule Ravensburg-Weingarten (RWU). Er und sein Professoren-Kollege Steffen Jäckle haben das mittelständische Unternehmen aus dem Zollernalbkreis einem ausführlichen Digitalisierungs-Check-up unterzogen, den die „Schwäbische Zeitung“ ausgelobt hatte – und das Ergebnis für den Hersteller hochwertiger Werkbänke und Arbeitsplatzeinrichtungen kann sich durchaus sehen lassen.

• Welche Digitalisierungs-„Note“ erhält die Firma Rau?

Der sogenannte DTXN-Score, der den aktuellen Stand der Digitalisierung eines Unternehmens ausweist, liegt bei Rau im Bereich zwischen drei und vier – maximal möglich ist ein Wert von fünf. „Das ist ein sehr gutes Ergebnis“, sagt Jäckle – über alle Branchen hinweg und ganz besonders für einen traditionellen Mittelständler wie die Rau GmbH, die – nach guter alter Handwerkstradition – seit Jahrzehnten mit Holz und Metall arbeitet.

„Digitalisierung ist kein Neuland für Rau. Die Anstrengungen der Vergangenheit tragen jetzt Früchte“, lobt Jäckle weiter. So ist der 134 Mitarbeiter zählende Betrieb in viele Bereichen schon ausgesprochen gut aufgestellt – zum Beispiel im Vertrieb, in der internen Kommunikation und bei der Gewinnung von Nachwuchs, die trotz des zunehmenden Fachkräftemangels sehr erfolgreich läuft. Aber auch die digitale Fertigung ist schon weit fortgeschritten und spart Jahr für Jahr erhebliche Summen ein.

• Was ist der Hauptansatzpunkt für Verbesserungen?

Die „Marke Rau“ verdient laut Jäckle aber eine noch höhere Strahlkraft. So seien die Aktivitäten des Premiumherstellers hier noch viel zu „schwäbisch-bescheiden“. „Die Kunden müssen keine Werkbank wollen, sondern eine ‚Rau‘“, verdeutlicht Pufall. Ziel sei es, eine ähnliche Strahlkraft wie der Bohrmaschinen-Hersteller „Hilti“ oder gar „Porsche“ zu entwickeln.

Die beiden Weingartener Professoren haben sich schon lange auf das Thema Digitalisierung und digitale Transformation – vor allem mittelständischer Unternehmen – spezialisiert und in diesem Zusammenhang den Digital Transformation Excellence Navigator (DTXN) entwickelt. Pufall ist Professor für Produktionstechnik und -optimierung sowie Technologiemanagement. Jäckle hat unter anderem den Lehrstuhl für Marketing und Sales Excellence inne. Entsprechend decken sie die gesamte Bandbreite von der Produktentwicklung und der Produktion bis hin zum Marketing und Vertrieb ab.

• Welche konkreten Empfehlungen gehen aus dem Digitalisierungs-Check-up hervor?

Konkret haben die Experten drei Handlungsempfehlungen für Rau: Erstens, die Marke Rau muss noch viel sichtbarer bei den Kunden gemacht und deutlich aktiver kommuniziert werden – auch und gerade durch Social Media. Zudem sollte der Mittelständler auch mehr auf den eigenen Webshop setzen und so die eigene Position am Markt stärken. Zweitens raten Pufall und Jäckle zu Digitalisierungs- und Effizienzprojekten in Produktion und Vertrieb, die etwa in Kooperation mit Hochschulen durchgeführt werden könnten.

Drittens, sollte Rau mehr Wertschöpfung mit den verfügbaren Ressourcen erzielen, etwa durch eine neue Produktlinie „Rau Ergo Ultra“, mit der die ergonomischen Vorteile von Rau-Werkbänken betont werden können. Zudem könnten so auch bestehende Produkte mit „Ergo Ultra“-Zubehörteilen und weiteren Features nachgerüstet werden.

• Wo schlummern weitere Potenziale?

„Digitalisierung sollte nie nur der Digitalisierung willen geschehen, sondern nur dann, wenn sie dem Unternehmen und seinen Kunden auch handfeste Vorteile bringt“, betont Pufall. Diese können sowohl im Produktionsprozess als auch in der Markenpflege und im Vertrieb liegen. Der Experte sieht vor allem beim Thema „digital lean“ – also der schlanken Produktion – noch merkliche Potenziale bei Rau und regt einen Austausch mit dem Tettnanger Sensorik-Spezialisten IFM an, laut Pufall ein „absolutes Vorzeige-Unternehmen“, was Digitalisierung betrifft.

Bei Rau sieht der Professor insbesondere noch Potenzial beim Holzzuschnitt. Durch Automatisierung könnte hier sehr viel Verschnitt verhindert und damit wertvoller und teurer Rohstoff eingespart werden. Die Ausgangslage für das Unternehmen sei aber hervorragend: „Rau hat tolle Produkte und ein sehr innovatives und sympathisches Team“, bilanziert Pufall. „Wir haben bei dem Projekt auch sehr viel für uns selbst mitgenommen“, sind sich beide Experten einig, denen ein enger Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis seit jeher ausgesprochen wichtig ist.

• Was sagen die Unternehmer dazu?

Zunächst freut man sich im Hause Rau über die gute Bewertung des Ist-Zustands. „Der Austausch und auch der Analyseprozess waren ausgesprochen interessant und haben sehr gute Impulse und Anregungen für uns gebracht“, bilanziert Junior-Chef Jannik Rau. Die Analyse helfe sicher dabei, die lange Projektliste, die bereits bestehe, neu zu priorisieren. Insbesondere die Idee, mehr mit anderen Unternehmen zu kooperieren, findet er hochspannend. Darin sieht Jannik Rau „hohes Potenzial“.

Für Senior-Chef Bernd Rau war der Digital-Check-up ebenfalls ausgesprochen hilfreich – insbesondere der kritische Blick von außen und der intensive Austausch mit den beiden Wissenschaftlern. Der erfahrene Unternehmer sieht seinen Betrieb alles in allem gut aufgestellt, an vielen Stellen sei aber durchaus „noch Luft nach oben“, sagt er – typisch schwäbisch – ganz selbstkritisch. Vor allem das Thema einer besseren Markenbildung beschäftigt Bernd Rau sehr sowie auch weitere Optimierungen in der Produktion. Ganz besonders gefällt ihm die Idee mit der neuen Produktlinie „Rau Ergo Ultra“.

• Wie geht es nun weiter?

Nun gelte es, alles nochmals intern zu analysieren und die wichtigsten Baustellen – gemeinsam mit seinem Sohn Jannik und dem Rau-Digitalisierungsbeauftragten Marcello Anicito – in konkreten Projekten anzugehen. Es gibt also jede Menge zu tun im Balinger Stadtteil Frommern. Positiv stimmt beide Raus eines gleichermaßen: „Wir haben ein richtig gutes Team zusammen“, sagen Senior- und Juniorchef. Das sehen die beiden Professoren aus Weingarten genauso – vielleicht ist es sogar ein Champions-League-taugliches Team.

Informationen zum Digital-Check-up für Unternehmen gibt es unter: **https://steffenjaeckle.de/digitalisierungscheck**; Anfragen per Mail an: **dtxn@rwu.de**

Sicherheit für die Wirtschaft

Industrie sucht neuen Umgang mit weltpolitischen Risiken – Wichtige Produktionsschritte sollen wieder nach Europa zurückgeholt werden

Von Hannes Koch

Industriepräsident Siegfried Russwurm. FOTO: WWW.PHOTOWERKSTATT.DE/IMAGO

BERLIN - Auf seiner Industriekonferenz begründet das Bundeswirtschaftsministerium, warum übergangsweise staatliche Subventionen nötig seien. Unterstützung kommt von der US-Regierung, Industrieverband und Gewerkschaften. Um das Thema zu verdeutlichen, zog Siegfried Russwurm einen Vergleich heran. „Früher wollten wir die Versicherungsprämie nicht zahlen", sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Die hiesige Wirtschaft habe sich deshalb zu lange auf billige Rohstoffe und Vorprodukte beispielsweise aus China verlassen.

Nun müssten sich die einheimischen Unternehmen zusätzliche Lieferanten suchen, auch wenn dadurch die Kosten stiegen, so Russwurm.

Diese höheren Ausgaben kann man dem BDI-Chef zufolge als Versicherungsprämie betrachten – als rechtzeitig gezahlter Preis für die Stabilität deutscher Firmen in künftigen globalen Krisen. Denn wer mehr Lieferanten als nur einen hat, ist im Konfliktfall weniger abhängig und erpressbar. So war es der Begriff der „Wirtschaftssicherheit", der im Zentrum der Industriekonferenz stand, die das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) am Dienstag in Berlin abhielt. Die Veranstaltung mit mehreren Hundert Teilnehmenden aus Firmen, Gewerkschaften, Verbänden und Politik sollte keine konkreten Beschlüsse fassen, sondern diente der Debatte über die Industriestrategie, die das Ministerium des Grünen Robert Habeck in der vergangenen Woche veröffentlicht hatte. Mit dem Papier versucht Habeck Antworten auf die Frage zu geben, wie die deutsche Industrie angesichts zweier epochaler Veränderungen ihre Stärke erhalten kann – der Transformation zur Klimaneutralität sowie der neuen Frontstellung zwischen den westlichen Demokratien und autoritären Staaten wie China und Russland. Solche Politikansätze sind mitentscheidend für den künftigen Wohlstand in Deutschland und Europa.

Schließlich bieten die kleinen, mittleren und großen Firmen des verarbeitenden Gewerbes hierzulande fast acht Millionen Arbeitsplätze. Das ist knapp ein Fünftel aller Stellen. Neben Verbesserungen der Rahmenbedingungen – etwa schnelleren Genehmigungsverfahren, Digitalisierung, ausreichender Versorgung mit Fachkräften – schlägt Habeck in seiner Industriestrategie vor, bestimmten Unternehmen und Branchen mit staatlichem Geld Brücken in die Zukunft zu bauen.

Ein Argument für die Subventionen: Die Anpassung müsse jetzt schnell erfolgen, sonst seien wichtige Produktionen wie beispielsweise die Herstellung von Stahl, Chemieprodukten, Fahrzeugen oder Elektronik in ihrem Bestand gefährdet.

Besonders Habecks Vorschlag des sogenannten Brückenstrompreises führt dabei regelmäßig zu Auseinandersetzungen. Staatliche Milliarden sollen die hohen Energiekosten ausgewählter Unternehmen übergangsweise heruntersubventionieren, damit diese nicht ins Ausland abwandern. Von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften hat der Minister viel Unterstützung dafür erhalten – trotzdem sind Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) dagegen. In diesem Punkt herrscht eine Blockade, die auch beim Kongress am Dienstag eine Rolle spielte: Die Ungeduld angesichts der ungeklärten Frage war sowohl Jürgen Kerner, dem Vize-Chef der Industriegewerkschaft Metall, als auch Yasmin Fahimi, der Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, anzumerken.

Wichtige Produktionsschritte wie die Fertigung von Solarzellen sollten auch hier stattfinden, um die Produktion schnell ausdehnen zu können, falls ein wichtiges Lieferland ausfalle. Dass eine solche Politik Milliarden Euro staatlicher Mittel erfordert, räumte der Wirtschaftsminister ein. Allerdings hält auch er das – wie Russwurm – für eine Investition in „Wirtschaftssicherheit".

Wally Adeyemo, Vize-Finanzminister der USA, betonte beim Kongress, die Regierung von Präsident Joe Biden lasse sich von ähnlichen Überlegungen leiten. Die dortigen Subventionen im Rahmen des Gesetzes zur Reduzierung der Inflation (inflation reduction act, IRA) seien keine egoistische Veranstaltung der USA. Denn staatliche Fördermilliarden etwa für die Produktion von E-Autos würden die Herstellungskosten auch in Europa senken.